

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Haimul G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (02 28) 9 15 20-0
Telefax: 886846 ppbn
Telefax: (02 28) 9 15 20-12

Inhalt

Hermann Langbein (Wien)
kommentiert die Entwicklung
in Deutschland: Wiederver-
einigung ist ein falsches Wort.

Seite 1

Karsten D. Voigt MdB entwik-
kelt Gedanken zur Sicher-
heitskooperation in Europa:
Konversion als Teil der Abrü-
stungspolitik.

Seite 2

Isolde Ries MdL verlangt einen
gesellschaftlichen Konsens für
den Umgang mit Kindern: Ge-
walt verhindern.

Seite 6

48. Jahrgang / 212

5. November 1993

Wiedervereinigung ist ein falsches Wort
Das heutige Deutschland darf nicht in die Vergangenheit
zurückgehen

Von Hermann Langbein (Wien)
Sekretär des Comité International des Camps (Internationales
Komitee der Lager-Überlebenden)

Mit Gorbatschows Politik, mit der Öffnung der Grenze zwischen Un-
garn und Österreich, dem darauf folgenden Massenauszug der Ju-
gend der DDR, den Demonstrationen in Städten der DDR, dem
schließlichen Fall der Mauer wurde in Deutschland eine Epoche ein-
geleitet, die - obwohl sie erst vor wenigen Jahren begonnen hat -
heute bereits fast unwirklich erscheint: So sehr hat sich die Stim-
mung seither verschoben.

Keineswegs problemlos war die Vereinigung zwischen der Bundes-
republik und der DDR, wie es schnell offenbar wurde. Wenn auf sie
Bezug genommen wird, spricht und schreibt man in der Regel von
der "Wiedervereinigung" Deutschlands. Dieses Wort ist falsch. Nicht
nur im geographischen Sinn. Das jetzt vereinigte Deutschland hat
ganz andere Grenzen als das Deutschland, in dem Hitler Reichs-
kanzler werden konnte, in dem er planmäßig seinen Krieg um die
Weltherrschaft vorbereitete.

Aber nicht nur deshalb hat ein eindeutiger Unterschied zu bestehen:
Das jetzt zusammengeschlossene Deutschland darf nicht eine Wie-
derholung des Deutschland der zwölf Jahre der nationalsozialisti-
schen Herrschaft, auch nicht des Deutschland vor 1933 werden, in
dem jahrelang nur mit Ausschaltung demokratischer Regeln regiert
werden konnte, in welchem Demokratie systematisch und - wie die
folgenden Jahre zeigten - recht erfolgreich abgewertet wurde.

Es soll und darf kein Zurückgehen in die Zeiten werden, in denen
eine nationalsozialistische Ideologie so erschreckend günstige Vor-
aussetzungen für ihr Wachstum fand. Das dürfen die Deutschen
nicht zulassen; dabei kann die Welt nicht zusehen.

Deshalb muß man auch in der Wortwahl genau sein. Der Fall der
Mauer brachte wohl eine Vereinigung zweier Staaten, aber keine
Wiedervereinigung. Dieses Wort suggeriert, daß Deutschland wieder
so werden könnte, wie vor der Zerschlagung des nationalso-
zialistischen Regimes. Wer sorgenvoll und wachsam die Entwicklung
im nun vereinigten Deutschland beobachtet, weiß, daß solche Be-
denken nicht nur eine Wortspielerei sind.

***** (-/5. November 1993/rs/ks)

Verlag, Redaktion und Druck:

Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus 1/217, 53113 Bonn
Postfach 120408, 53046 Bonn

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement, Preis DM 82,50 mtl.
zuzügl. MwSt. und Versand.

Intelligenter Umgang
mit unseren Robotern
Anmeldung



Konversion als Teil der Abrüstungspolitik **Gedanken zur Sicherheitskooperation in Europa**

Von **Karsten D. Voigt MdB**
Außenpolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion

Es ist gut, daß mit den europäischen Abrüstungsverträgen nicht gewartet wurde, bis die Konversionsfrage gelöst ist.

Die KSE-Verträge über die Abrüstung konventioneller Waffen und über die Verringerung des Streitkräftepersonals, der 2+4-Vertrag, der unter anderem den Umfang der Bundeswehr auf 370 000 Mann begrenzt, das Abkommen über Vertrauens- und Sicherheitsbildende Maßnahmen, der Open-Skies-Vertrag - all diese Verträge wurden unabhängig von der wirtschaftlichen Lage der europäischen Rüstungsindustrie und der in ihr beschäftigten Arbeitnehmer unterzeichnet. Wäre es anders gewesen, wären Fortschritte in der Abrüstung nur akzeptiert worden, wenn sie gleichzeitig mit Fortschritten bei der Konversion der Rüstungsproduktion verknüpft gewesen wären, dann hätte es in den Jahren 1990 und 1991 mit großer Wahrscheinlichkeit nicht den abrüstungspolitischen Durchbruch gegeben, der tatsächlich stattgefunden hat.

Dieser abrüstungspolitische Durchbruch ist mittlerweile schon fast wieder in Vergessenheit geraten oder er steht zumindest im Schatten solcher weltverändernden Ereignisse wie der Auflösung des Warschauer Paktes und der UdSSR. Zu Unrecht, denn bis heute haben die Abrüstungsverträge aktuelle Bedeutung, weil sie weit mehr geregelt haben als die Herstellung eines militärischen Gleichgewichts auf niedrigerem Niveau. Sie haben vor allem ein bis dahin einzigartiges Überprüfungssystem geschaffen, das es den Unterzeichnern des KSE-Vertrages erlaubt, an Ort und Stelle festzustellen, ob sich Gefahren für die Sicherheit Europas herausbilden.

Diese Inspektions- und Kontrollmöglichkeiten sind auch nach der Auflösung der Sowjetunion und nach Beginn des Demokratisierungsprozesses in Rußland ein großer sicherheitspolitischer Gewinn. Solange die Demokratie in Rußland nicht wirklich gefestigt ist und solange die Einführung marktwirtschaftlicher Strukturen nicht erfolgreich zum Abschluß gekommen ist, bleibt Rußland ein Land im Übergang und das heißt, ein Faktor von Instabilität.

Da ist es beruhigend zu wissen, daß die Europäer, auch die im Westen, das russische Militär heute so gut kennen wie nie zuvor, und daß die internationalen Kontrolleure mit ihrer Verifikationsarbeit nicht nur die Einhaltung der Abrüstungsvereinbarungen überwachen, sondern ein hohes Maß an Transparenz bei den militärischen Aktivitäten im europäischen Teil Rußlands schaffen.

Diese sicherheitspolitischen Aspekte der multilateralen Abrüstungspolitik der letzten Jahre haben für sich genommen ein so hohes Gewicht, daß es gerechtfertigt war, die industriepolitischen und arbeitsmarktpolitischen Folgen der Abrüstung besonders zu betonen.

Die ökonomische Wirkung der Abrüstung

Die Abrüstung hat aus ökonomischer Sicht vor allem eines bewirkt: sie hat den Markt für militärische Güter kleiner gemacht, und zwar sowohl den Binnenmarkt der einzelnen KSE-Staaten als auch den Markt zwischen befreundeten europäischen Staaten. Es ist heute nicht mehr so leicht, einen Panzer oder ein Kampfflugzeug herzustellen und zu verkaufen, wenn gleichzeitig überall funktionsfähige Panzer und Flugzeuge herumstehen und auf ihre Verschrottung warten.

Die konventionelle Abrüstung betrifft Ost und West nicht in gleicher Weise. Von den insgesamt 50 468 Waffen, die aufgrund des KSE-Vertrages zerstört oder unbrauchbar gemacht werden müssen, gehörten 34 215 dem Osten und 16 253 dem Westen. Wenn man berücksichtigt, daß

der weitaus größte Teil der vom Westen abzurüstenden Waffen Bestände der früheren NVA waren, dann kommt man zu dem Ergebnis, daß

- die alte Bundesrepublik und ihre NATO-Partner nur äußerst geringe Abrüstungsverpflichtungen auf sich genommen haben,
- die neuen Bundesländer fast alles, was auf ihrem Gebiet stationiert war, abrüsten müssen und
- die Staaten des früheren Warschauer Paktes, insbesondere Rußland, den Hauptanteil der Abrüstung zu tragen haben.

Diese Asymmetrie beim Rüstungsabbau hängt mit der quantitativen konventionellen Überlegenheit des Ostens gegenüber dem Westen und mit dem von beiden Seiten akzeptierten Grundsatz zusammen, daß mehr abrüsten muß, wer mehr hat. Dies bewirkte, daß der Osten auch wirtschaftlich stärkere Anpassungsleistungen erbringen muß als der Westen, wobei das Tempo der Reduzierung beträchtlich ist.

25 Prozent der gewaltigen abzurüstenden Waffenmengen müssen bis zum 16. November 1993 abgebaut sein, ein Jahr später 60 Prozent und in zwei Jahren, am 16. November 1995, müssen alle 50 468 Waffen abgerüstet sein. Die Hauptmethode der Waffenreduzierung ist deren Zerstörung. Demgegenüber spielt die Konversion, d.h. in diesem Fall die Umwandlung von Waffen in zivile Güter, nur eine geringe Rolle. Die Umwandlung von Kampfpanzern in Planterraupen oder in Löschfahrzeuge, die gerne als Beleg für den Erfolg von Konversion zitiert werden, ist in quantitativer Hinsicht eher unbedeutend. Abgerüstet wird vor allem durch Zertrennen, Sprengen, Verformen und Zerschmettern. Ost und West haben ihre Reduzierungsverpflichtungen bislang nicht nur erfüllt, sondern sind freiwillig darüber hinausgegangen. So baute der Westen 5 353 Waffen ab, obwohl er nur zu einer Verringerung von 4 067 verpflichtet war. Der Osten sollte 8 048 vom Vertrag erfaßtes militärisches Gerät beseitigen. Tatsächlich reduzierte er bereits 8 800 Waffen.

Die Abrüstungserfolge hatten noch einen weiteren Effekt. Sie haben dazu beigetragen, daß das Mißtrauen und das Gefühl von Feindschaft und Bedrohung beseitigt wurde - vielleicht nicht vollständig, aber doch sehr weitgehend. Die NATO erklärte die Sowjetunion nach 1989 ausdrücklich zu Ihrem Partner und die Länder Ost-Europas lösten ihr Militärbündnis auf, weil sie eine Konfrontation mit der NATO für ausgeschlossen hielten. Polen, Ungarn und die frühere Tschechoslowakei äußerten sogar den Wunsch, sich dem westlichen Militärbündnis anzuschließen.

SPD gegen Modernisierungen

In dieser sicherheitspolitisch entspannten Lage war für die Rüstungsindustrie schwerer Geld zu verdienen. In Deutschland blieb der Jäger 90 auf der Strecke und wenn es nach dem Willen der SPD geht, werden auch andere militärische Neuentwicklungen und Modernisierungen nicht verwirklicht.

Trotz dieser nachhaltig verschlechterten Rahmenbedingungen der Europäischen Rüstungsindustrie kamen Projekte zur Konversion dieser Branche nicht richtig voran. Dabei ist es durchaus nicht so, daß die deutsche Industrie von diesen Entwicklungen überrascht wurde. Seit Jahren wurde den Rüstungsunternehmen von der Politik, insbesondere von der Sozialdemokratie, nahegelegt, ihre Abhängigkeit vom Rüstungsmarkt zu verringern, damit sie vorbereitet sind, wenn Abrüstungsentscheidungen und Beschlüsse gegen den Rüstungsexport getroffen werden.

Lange vor dem Rabta-Skandal und vor der Verwicklung deutscher Firmen in illegale Waffengeschäfte mit dem Irak gab es genügend Gründe und genügend Aufforderungen, die die Unternehmen zu einer schrittweisen und sozial verträglichen Umstrukturierung ihrer Produktion hätten veranlassen können.

Einige Unternehmen haben das ernst genommen und haben begonnen, ihre Produktion zu diversifizieren. Trotzdem sind nach wie vor mindestens 200 000 Arbeitsplätze weiterhin im Rüstungsbereich gebunden und gefährdet.

Für die großen östlichen Rüstungsproduzenten Rußland, Ukraine, die Tschechische und die Slowakische Republik fielen die Abrüstungsvereinbarungen in eine wirtschaftlich besonders ungünstige Zeit. Die defizitären Staatshaushalte dieser Länder hatten weder Geld zur Finanzierung von Rüstungen noch für Konvergenz-Projekte. In Rußland und in der Ukraine setzten sich Vertreter der Exekutive und der Legislative mit immer größerem Nachdruck dafür ein, daß die Verteidigungsindustrie die beabsichtigte Konversion durch steigende Rüstungsexporte finanziert. Es wird in Rußland inzwischen als Fehler angesehen, den Waffenexport in den letzten Jahren vernachlässigt zu haben. 1989 habe der Anteil der Sowjetunion am weltweiten Waffenhandel noch 33,7 Prozent ausgemacht, 1992 sei dieser Anteil auf 17 Prozent gesunken. Davon hätten vor allem die Amerikaner profitiert, deren Anteil von 30 Prozent im Jahre 1989 auf 56 Prozent im Jahre 1992 angestiegen sei.

Noch vor einem Jahr, im November 1992, hat der russische Reformpolitiker und damalige amtierende Ministerpräsident Jegor Gaidar "die Stabilisierung der Produktion in der Rüstungsindustrie" für den "wichtigsten Faktor" angesehen, der es ermöglichen werde, den Produktionsrückgang in der gesamten Wirtschaft der russischen Föderation zu stoppen. Bezahlt wird diese Stabilisierung mit Hilfe der Notenpresse, was zwar die einzelnen Firmen vor dem Zusammenbruch und die dort Beschäftigten vor der Entlassung bewahrt, aber die Gesamtwirtschaft in eine gewaltige Inflation und eine nicht enden wollende Zerrüttung des Finanzsystems treibt. Impulse für die Konversion in Rußland hat diese Politik Gaidars und seines Nachfolgers Tschernomyrdin nach dem Urteil aller unserer Fachleute noch nicht freigesetzt.

Dabei ist die Umstrukturierung der Betriebe in Rußland und in der Ukraine bitter nötig. In einer Stadt wie St. Petersburg haben bis 1989 bis zu 70 Prozent der Unternehmen und der Forschungseinrichtungen für die Rüstung gearbeitet. Im Ural hingen ebenfalls Millionenstädte von Militäraufträgen ab. Die Inlandsnachfrage nach Militärprodukten ist zurückgegangen und wird in Zukunft immer stärker zurückgehen, bei einer gleichzeitig riesigen Nachfrage nach allen Arten ziviler Güter. Im Westen haben die Rüstungsproduzenten, die zur Konversion bereit sind und zivile Güter herstellen wollen, das Problem, einen Absatzmarkt für diese Güter zu finden. Im Osten gibt es dieses Problem nicht. Im Osten fehlt nicht die Nachfrage, im Osten fehlt die Zahlungsfähigkeit mit einer akzeptierten Währung.

Zivillgüter müssen Devisen bringen

Natürlich könnten die russischen und ukrainischen Rüstungsbetriebe, die Millionen bestausgebildeter Wissenschaftler und Ingenieure beschäftigen, den großen Bedarf z.B. an medizinischen Geräten befriedigen. Es wäre im Prinzip nicht nötig, daß Rußland und die Ukraine diese Geräte und auch - um im medizinischen Bereich zu bleiben, die Medikamente für Devisen einführen. Die russischen und ukrainischen Rüstungsbetriebe stellen diese so dringend benötigten Produkte nicht her, weil die Masse der Bevölkerung das Geld nicht hat, um sie zu bezahlen.

Konversion - so sieht es heute aus - hat in den Nachfolgerepubliken der früheren Sowjetunion nur eine größere Chance, wenn mit den neuen zivilen Produkten auch Devisen verdient werden könnten. Damit trifft aber die gegenwärtig verfolgte Konversionsstrategie dieser Staaten auf dieselben Strukturprobleme, die auch konversionsbereite westliche Rüstungsunternehmen zu lösen haben. Sie müssen in einem Markt, der nahezu alles anbietet, eine Lücke finden.

Die Probleme, die ich bislang dargestellt habe, sind für den Westen alte Probleme. Über Produktionskonversion haben wir seit Jahren zum Beispiel im Zusammenhang mit der Rüstungsexportproblematik diskutiert. Die SPD-Bundestagsfraktion hat schon zu Zeiten der sozialliberalen Koalition von der Regierung Schmidt verlangt, Konversionsprogramme zu ent-

wickeln, damit solche Angebote wie die Lieferung von U-Booten nach China oder von Leopard II-Panzern nach Saudi-Arabien gar nicht erst gemacht werden.

Heute ist die Problematik der sogenannten Standorte-Konversion hinzugekommen. Sie ist neu. Sie ist ein unmittelbares Ergebnis der Abrüstungsverträge und des Endes der Ost-West-Konfrontation. Die Standorte-Konversion ist ein Thema West-Europas, nicht Ost-Europas. Es wurde aktuell, als die deutschen und die alliierten Streitkräfte in West-Europa - vor allem in Deutschland, ihre Truppenübungsplätze aufgaben und ihre Kasernen verließen. In Ost-Europa waren alle froh, als die sowjetischen Truppen Ungarn, die Tschechoslowakei und Polen verließen. Diese Streitkräfte stellten alle eine Belastung der Regionen dar, sie versorgten sich selbst und waren kein Wirtschaftsfaktor in den Stationierungsorten.

Die Aufgabe von Militärstandorten durch die Bundeswehr und die alliierten Streitkräfte dagegen reißt große wirtschaftliche Lücken. In vielen sogenannten strukturschwachen Gebieten sicherten die Militärstandorte Beschäftigung und Einkommen, weswegen die Gemeinden in solchen Gebieten erbittert darum kämpfen, daß die Kasernen nicht geschlossen werden und die Truppen nicht abziehen.

Es gibt keine präzisen Angaben darüber, wieviel Geld die Alliierten in Deutschland investiert haben. Die einzigen wissenschaftlichen Untersuchungen liegen für die Ausgaben der Amerikaner in Deutschland vor. Danach haben die Amerikaner in dem einen Jahr, das untersucht wurde, es war das Jahr 1986, für 14,6 Milliarden DM Aufträge an deutsche Firmen gegeben, gebaut, Mieten gezahlt, Postgebühren entrichtet und deutsche Produkte konsumiert. Für den letzten Punkt gaben die amerikanischen Soldaten allein 3,5 Milliarden DM aus, die in den Kreislauf der deutschen Wirtschaft flossen. Zieht man von dieser Summe 2,3 Milliarden DM ab, die auf der Kostenseite bestehen, dann bleibt immer noch ein Betrag von über 12 Milliarden als Positivsaldo. Für die 90er Jahre liegen keine Schätzungen vor. Fachleute gehen davon aus, daß sich diese Zahlen inzwischen mehr als halbiert haben. Dennoch bleibt auch heute noch ein Positivsaldo.

Konversionsprogramme in Rheinland-Pfalz

Der Ministerpräsident von Rheinland-Pfalz - eines Bundeslandes, das wegen seiner starken Konzentration von alliierten und deutschen Soldaten früher als 'Flugzeugträger der NATO' bezeichnet wurde - hat die Forderungen der Gemeinden aufgegriffen und vorgeschlagen, bei Sparmaßnahmen im Verteidigungshaushalt, bei der Umsetzung von Streitkräftereduzierungen und beim Abzug alliierter Truppen noch stärker auf regionalpolitische Gesichtspunkte Rücksicht zu nehmen. Das würde den betroffenen Gemeinden die Zeit geben, die nötig ist, um sich neue wirtschaftliche Grundlagen zu verschaffen.

Und es würde dem Bund und den Ländern ermöglichen, gemeinsame Konversionsprogramme zu entwickeln, was die Länder bereits im Juli 1992 im Bundesrat verlangt hatten.

Damit kommen wir zu den Forderungen. Zu den wenigen, die beim Thema Konversion mehr tun als Wünsche zu artikulieren, gehört die Europäische Gemeinschaft. Sie hat mit ihrem Konversionsprogramm "Conver" ab 1993 250 Millionen Ecu (rund 500 Millionen DM) zur Verfügung gestellt.

Ansonsten gab es Studien und Kongresse zur Konversion. Die G-7-Staaten versprachen, in München im Juli 1992 sich des Themas anzunehmen; der Nordatlantische Kooperationsrat organisierte im Mai 1992 ein Seminar zur Konversion. Mit anderen Worten: die Probleme werden durchaus erkannt und der Wille, etwas zu tun, ist da. Ins Stocken gerät das ganze, wo der politische Wille in konkrete Maßnahmen umgesetzt werden soll. Das gilt nach innen wie nach außen.

Die Bundesregierung spricht zum Beispiel häufig und laut davon, daß es notwendig sei, die russische Föderation bei der Zerstörung von Atomwaffen mit Rat und Geld zu unterstützen. Sie hebt hervor, daß andernfalls unsere Sicherheit und die Sicherheit unserer Nachbarn gefährdet

wäre. Man müsse alles tun, um Rußland zu stabilisieren und vor allem seine Waffenarsenale unter Kontrolle zu halten.

Wenn es dann um konkrete Abrüstungs- und Umrüstungshilfe geht, wagt sich das für äußere Sicherheit zuständige Ministerium, auch nur eine einzige Mark aus seinem Etat für diese Aufgabe zur Verfügung zu stellen. Die jetzt bewilligten 10 Millionen DM Abrüstungshilfe für Rußland stammen aus dem Haushalt des Auswärtigen Amtes. Die geringe Höhe des Betrages zeigt, wie ernst wir Sicherheitskooperationen im Verhältnis zur GUS tatsächlich nehmen.

Allerdings möchte ich mit meiner Kritik nicht überziehen. Deutschland ist hochverschuldet - jedenfalls sein öffentlicher Sektor - und kann nicht alles machen, was wünschenswert und sinnvoll wäre. Deswegen müssen Prioritäten gesetzt werden. Zu den wichtigsten Prioritäten gehört die Förderung von zivilen Investitionen in strukturschwachen Gebieten.

(-/5. November 1993/rs/ks)

Gewalt gegen Kinder verhindern

In der Gesellschaft muß ein Konsens hergestellt werden

Von Isolde Ries MdL

Vorsitzende des Unterausschusses Frauen des saarländischen Landtags

Es gibt nach wie vor eine hohe Dunkelziffer sexueller mißbrauchter und mißhandelter Kinder. Alle zehn Minuten wird in der Bundesrepublik ein Kind mißhandelt. In den letzten Jahren gab es eine enorme Zunahme von Gewalthandlungen an Kindern. Der Anstieg ist einerseits darauf zurückzuführen, daß Mißhandlungen durch Eltern und Erwachsene wegen anderer sozialer Probleme wie beengte Wohnverhältnisse, finanzielle Nöte und Arbeitslosigkeit zunehmen.

Eltern sind oftmals wegen ihrer vielen Probleme überfordert. Der Anstieg ist aber auch auf die Zunahme der Enttabuisierung zurückzuführen. Es wird weniger geschwiegen und wegesehen.

Die Jugendämter sehen an der verstärkten Zunahme von Frühförderung und Sprachheilbehandlung von Kindern ebenfalls ein Zeichen für die zunehmende Vernachlässigung von Kindern. Über 60 Prozent der Kinder haben heute weniger als einen Quadratmeter Spielfläche in der Wohnung. Gewalt ist auch Ausdruck wirtschaftlicher und sozialer Not.

Die beste Vorbeugung zum Schutz der Kinder von Gewalt ist die gesellschaftliche und juristische Ächtung der Gewalt im Allgemeinen und der gegen Kinder im Besonderen.

Politik, staatliche Institutionen, Verbände und Medien müssen sich mehr als bisher dafür einsetzen, daß darüber ein breiter Konsens in der Gesellschaft hergestellt wird.

Die saarländische SPD-Fraktion wird in der nächsten Parlamentsdebatte den Antrag stellen, daß das Recht der Kinder auf gewaltfreie Erziehung in die Saarländische Verfassung aufgenommen wird.

(-/5. November 1993/rs/ks)
